



# Zusammenfassung der Wahlprogramme zur Europawahl 2019

Monetative

# „Zusammenfassende Darstellung der Wahlprogramme zur Europawahl 2019 – Aussagen zur Geld- und Finanzpolitik“

## Im Zeichen politischen Wandels – Welche Rolle nimmt die Geld- und Finanzpolitik im Wahlkampf ein?

Berlin, den 10. Mai 2019 - Zur anstehenden Europawahl vom 23. bis 26. Mai 2019 haben wir, der Verein Monetative e.V., die Wahlprogramme aller in Deutschland zugelassenen Parteien bezüglich geld- und finanzpolitischen Positionen gesichtet, die entsprechenden Stellen zusammengetragen und eingangs stichwortartig zusammengefasst.

**Von insgesamt 41 zugelassenen Parteien befassen sich lediglich 25 in Ihrem Wahlprogramm mit dem Geld- und Finanzsystem**, mit gänzlich unterschiedlicher Detailschärfe. Angesichts der Bedeutung eines funktionierenden Geld- und Finanzsystems für das soziale wie ökonomische Zusammenleben in Europa, erstaunt die eher oberflächliche Erwähnung des Themas durch die Parteien. Alle geld- und finanzpolitischen Positionen von insgesamt 41 Parteien lassen sich auf weniger als 30 DIN A4-Seiten abbilden.

Die Parteien beschäftigen sich hierbei im Regelfall mit Themen wie der Währungs- und Bankenunion, der Finanztransaktionssteuer, der Abschaffung des Bargelds und den Risiken durch systemrelevante Banken. Aus unserer Sicht müssen weitere Aspekte einen deutlich höheren Stellenwert im politischen Diskurs einnehmen, da sie maßgeblichen Einfluss auf die Gestaltung eines gemeinsamen Europas haben:

1. Die Rolle sowie eine nachhaltigere Gestaltung der privaten Geldschöpfung durch Geschäftsbanken.
2. Die Demokratisierung des europäischen Zentralbanksystems und die nähere Bestimmung des Mandats der Europäischen Zentralbank, welches von einigen Parteien bereits rudimentär angerissen wird.
3. Neben Bargeld: Die juristische [Rolle des gesetzlichen Zahlungsmittels](#), besonders im Hinblick auf die Schaffung von digitalem Zentralbankgeld als zusätzlichem gesetzlichen Zahlungsmittel.
4. Die Einführung eines öffentlichen elektronischen Zahlungsverkehrssystems, das auch unabhängig von Banken funktioniert, damit die Forderung, dass das Finanzsystem auch größere Bankenpleiten ohne Steuergelder überlebt, konkretisiert wird.
5. Die Entschuldung von überschuldeten Staaten im Euroraum, welche bspw. durch die Umstellung auf ein Vollgeldsystem in beträchtlichem Umfang möglich wäre.

Nachfolgend finden Sie die geld- und finanzpolitischen Positionen aller in Deutschland zur Europawahl zugelassenen Parteien auf einen Blick. Allgemeine Informationen finden Sie auch in unserem [Geldsystem-FAQ](#).


## INHALTSÜBERSICHT

<b>1. Große Parteien</b> – im Bundestag vertreten .....	3	<b>2.7 Deutsche Kommunistische Partei</b> .....	21
1.1 <b>AfD</b> .....	3	<b>2.8 Die Piraten</b> .....	22
1.2 <b>Bündnis 90/Die Grünen</b> .....	5	<b>2.9 Die Violetten</b> .....	22
1.3 <b>CDU / CSU</b> .....	8	<b>2.10 Europäische Partei LIEBE</b> .....	23
1.4 <b>Die Linke</b> .....	9	<b>2.11 Familien-Partei Deutschlands</b> .....	23
1.5 <b>FDP</b> .....	10	<b>2.12 Feministische Partei Die Frauen</b> .....	24
1.6 <b>SPD</b> .....	12	<b>2.13 Liberale-Konservative Reformer</b> .....	24
<b>2. Kleinere Parteien</b> – zur Europawahl zugelassen .....	13	<b>2.14 Menschliche Welt</b> .....	27
2.1 <b>Ab jetzt ... Demokratie durch Volksabstimmung</b> .....	13	<b>2.15 NPD</b> .....	27
2.2 <b>Aktion Partei für Tierschutz</b> .....	14	<b>2.16 ÖDP</b> .....	28
2.3 <b>Bundesvereinigung FREIE WÄHLER</b> .....	14	<b>2.17 Partei Mensch Umwelt Tierschutz</b> .....	29
2.4 <b>Bündnis C - Christen für Deutschland</b> .....	17	<b>2.18 Sozialistische Gleichheitspartei</b> .....	30
2.5 <b>Bündnis für Innovation &amp; Gerechtigkeit</b> .....	18	<b>2.19 Volt Deutschland</b> .....	31
2.6 <b>Demokratie in Europa – DIEM25</b> .....	18		

### *Hinweise zur formalen Aufbereitung:*

- Die textlichen Hervorhebungen in den Zitaten wurden von uns zwecks Übersichtlichkeit hinzugefügt.
- Die jeweiligen Originale der Wahlprogramme sind direkt hinter dem Parteinamen verlinkt.
- Zunächst finden Sie die großen, im Bundestag vertretenen, Parteien in alphabetischer Reihenfolge.
- Anschließend sind alle weiteren Parteien, welche zur Europawahl zugelassen, in alphabetischer Reihenfolge aufgeführt.
- Eingang in die Analyse haben nur Parteien, die konkrete Aussagen zu geld- und finanzpolitischen Themen getroffen haben, gefunden.

## 1. Große Parteien – im Bundestag vertreten

Partei	Zusammenfassende Stichworte + Zitierte Stellen aus dem jeweiligen Parteiprogramm
	<p><b>Zusammenfassende Stichworte Monetative e.V.</b>  <i>Rückkehr zur D-Mark / gegen eine Abschaffung des Bargeldes / gegen die geplante Bankenunion / gegen die Nullzinspolitik</i></p> <p>Mit der Abschaffung des Bargelds würde die Rolle des Geldes als unantastbarer und gebührenfreier Wertspeicher eingeschränkt. Eine Abschaffung des Bargelds macht für den Krisenfall die Enteignung von Kontoinhabern möglich. Bargeld ist ein natürliches Bollwerk gegen eine weitere Absenkung der Zinsen bis in den negativen Bereich. [...] Die AfD fordert den dauerhaften Erhalt der <b>uneingeschränkten Bargeldnutzung</b> als wichtiges bürgerliches Freiheitsrecht.</p> <p>Die derzeit von wichtigen Akteuren in Europa betriebene Banken- und Sozialunion mit der gesamteuropäischen Vergemeinschaftung von Haftungen und Unterstützungsleistungen in unbegrenzter Höhe zerstört vollends die Geschäftsgrundlage der Verträge von Maastricht und Lissabon. Es ist bereits deutlich erkennbar, dass die Völker Europas sich dagegen auflehnen werden.</p> <p>Alle Maßnahmen der EZB zur Manipulation des freien Kapitalmarkts müssen eingestellt werden. [...] Eine Politik der künstlich herbeigeführten <b>Null- und Negativzinsen</b> führt zur Zerstörung der zentralen Märkte für Anleihen <b>sowie</b> zur Enteignung der Klein- und Lebensversicherungssparer und damit zu Altersarmut. [...] Die AfD fordert die Durchsetzung der vertraglichen <b>Verbote der Staatsfinanzierung</b> durch die EZB und der Vergemeinschaftung der Schulden sowie eine <b>Rückführung der Befugnisse der EZB auf reine Geldpolitik</b>, keine Umwandlung des ESM in einen europäischen Währungsfonds und ein sukzessives Ende der EZB-Anleihenkaufprogramme und der „Rettungs“-Programme über EFSF und ESM.</p> <p>Die <b>wiedereingeführte D-Mark</b> würde ihre hohe Kaufkraft gegenüber den anderen Ländern (wie vor der Euro-Einführung) analog zur guten Leistungsfähigkeit der deutschen Wirtschaft wiedergewinnen, das heißt aufwerten. Die mit dieser Kaufkraftherhöhung verbundene enorme Kostensenkung auf der Importseite würde erneut zu steigenden Realeinkommen führen, die in der gesamten deutschen Volkswirtschaft wieder allen zugutekämen und nicht nur, wie derzeit, einigen Exportfirmen.</p> <p>Die AfD verlangt, dass die Bundesregierung sich <b>gegen jede Weiterverfolgung der sogenannten Europäischen Bankenunion</b> und die von der EU-Kommission vorgeschlagene <b>Europäische Einlagensicherung</b> (EDIS) stellt. Mit der</p>



Europäischen Bankenunion würden auch die bisher nur kommunal verankerten deutschen Sparkassen, Genossenschaftsbanken und die deutsche private Bankenwirtschaft der EU-Umverteilung unterworfen. Die EDIS wäre mit mehreren Billionen Euro der größte gemeinschaftliche Haftungstopf der EU. Durch diese Vergemeinschaftung würden deutsche Sparer und Bankkunden mit ihrem Einlagengeld für marode Banken in den Mittelmeerländern haften, die bereits heute über 900 Milliarden Euro an uneinbringlichen Kreditforderungen in den Bilanzen haben. Riesige Ausfälle sind nur eine Frage der Zeit und würden nach Einführung von EDIS direkt deutsche Haftungszahlungen auslösen! Darüber hinaus würde eine EDIS zukünftig auf Grund einer höheren deutschen Absicherung zur Inkaufnahme höherer Risiken durch ausländische Banken verleiten. Dies wäre ein weiterer Schritt in die von der AfD abgelehnte vertiefte Haftungs- und Transferunion. Die AfD verlangt, dass die deutschen Banken etwaige Haftungen nur auf die nationale Ebene begrenzen und wie bisher eigene Haftungs- und Einlagensicherungs-Verbundlösungen schaffen können, die den unterschiedlichen Profilen der deutschen Bankengruppen Rechnung tragen. [...] Wir treten dafür ein, die **nationale Souveränität über die Banken- und Finanzdienstleistungen** wiederherzustellen; dieser Wirtschaftsbereich ist für ein reibungsloses Funktionieren unserer Volkswirtschaft lebenswichtig.

Im Zahlungsverkehr der Euro-Zone muss der Ausgleich der offenen **TARGET-Salden** zwischen den Nationalbanken wie bis 2007 wieder direkt und taggleich stattfinden, um den Anstieg von nicht realisierbaren Forderungen bei der Deutschen Bundesbank zu vermeiden.

Die **EZB darf nicht Aufsichtsbehörde über Banken sein** [...] keine vollständige Bankenaufsicht und Zentralbanktätigkeit bei der EZB unter einem Dach. Die europäischen Verträge haben keine Rechtsgrundlage für eine Bankenaufsicht durch die EZB.

Die AfD lehnt die derzeitigen europäischen **Regeln zur Bankenabwicklung** insgesamt als fehlkonstruiert ab. Ein steuerfinanziertes Sonderrecht für Bankeninsolvenzen darf es nicht geben.

Bei der Wiedereinführung der Deutschen Mark könnte Deutschland das teilweise im Ausland gelagerte **Staatsgold als temporäre Deckungsoption** benötigen. Die AfD fordert die Bundesregierung und die Deutsche Bundesbank auf, das im Ausland gelagerte Gold vollständig und umgehend nach Deutschland zu überführen.

Seit der **Abschaffung von Wechselkursen innerhalb der Eurozone** können die Länder Handelsungleichgewichte nicht mehr abfedern. Die AfD warnt davor, auch noch die nationale Steuerhoheit als Wettbewerbsinstrument abzuschaffen. [...] Entscheidungen eines Landes, durch geringere Steuersätze ihre Standortnachteile auszugleichen, sind gerade für Länder mit niedriger Wirtschaftsleistung überlebensnotwendig.



Durch die **wieder eingeführten, nationalen Währungen** ist jeder Staat wieder für seine Wirtschafts-, Währungs- und staatliche Finanzpolitik verantwortlich und erhält damit seine innenpolitische Souveränität bezüglich Währung, Budgethoheit, Geld- und Finanzpolitik zurück. Damit sind auch die beiden derzeitigen internen Grundkonflikte in der Euro-Zone gelöst.

Die Euro-Krise ist ein systemisches Problem und kann daher auch nur systemisch gelöst werden. Die Lösung besteht in der **Wiedereinführung der nationalen Währungen**, in denen sich die Leistungen ihrer jeweiligen Volkswirtschaften widerspiegeln, unter ggf. paralleler Beibehaltung des Euro.

Eine **Finanztransaktionssteuer unterstützen wir**, wenn sie an allen Handelsplätzen, auch außerhalb der EU, eingeführt und nationalstaatlich vereinnahmt wird.



[Bündnis 90/Die Grünen](#)

#### **Zusammenfassende Stichworte Monetative e.V.**

*Finanztransaktionssteuer / Ausweitung europ. Bankenunion und europ. Einlagensicherungsfonds / Banken sollen nicht mehr vom Steuerzahler gerettet werden / Europäischer Währungsfonds EWF / Altschuldentilgungsfonds für überschuldete Staaten / bessere Bankenregulierung / Förderung von regionalen Banken*

Ein erster Schritt zu einer Unternehmenssteuer in der Europäischen Union kann eine gemeinsame Körperschaftsteuer von Deutschland und Frankreich sein, genauso wie eine europäische Mindestlohnrichtlinie und eine **Ausweitung der europäischen Bankenunion**, die globale Unternehmen und Investoren in die Schranken weisen und so Europa krisenfest machen würde.

Mit der **Finanztransaktionssteuer** beteiligen wir Spekulanten an der Finanzierung des europäischen Gemeinwesens, und wir beschränken den sinnlosen und gefährlichen **Hochfrequenzhandel**, der solide Unternehmen und unsere Altersvorsorge bedroht.

Mit einer harten und übertriebenen Sparpolitik wurden Finanz- und Eurokrise unnötig verlängert. Gleichzeitig haben sich die Staats- und Regierungschef\*innen, und allen voran die Bundesregierung, einen schlanken Fuß gemacht und viel **zu sehr auf die Europäische Zentralbank vertraut**, die mit niedrigen Zinsen und weitreichenden Maßnahmen die Kohlen aus dem Feuer holen musste. Das darf nicht so bleiben.

Eine stabile und demokratische **Währungsunion** hat drei wesentliche Elemente: Erstens müssen wir in europäische Gemeingüter investieren und durch ihre Finanzierung wirtschaftlichen Krisen entgegenwirken. Zweitens wollen wir die **Bankenunion vollenden**, damit einige **verantwortungslose Banken nie wieder die ganze Währung gefährden können**.



Und drittens wollen wir die wichtigen Entscheidungen aus den Hinterzimmern holen und demokratischer Kontrolle unterwerfen.

Alle Mitgliedstaaten müssen mehr gemeinsame Verantwortung für die **Stabilität des Euro** übernehmen. **Die Europäische Zentralbank ist dafür nicht allein verantwortlich.** Dafür braucht es eine gemeinsame Haushaltspolitik in der Eurozone und der EU, da die Krise gezeigt hat, dass nationale Fiskalpolitik allein zu Schieflagen und unnötig langen Krisen führt – selbst bei Mitgliedstaaten, die sich wie Spanien und Irland immer an die Regeln hielten.

In der Eurokrise hat der Internationale Währungsfonds im Rahmen der sogenannten **Troika** stark eingegriffen. Die Troika hat umfassende Anpassungsprogramme in den Programmländern durchgedrückt, mit starken sozialen Verwerfungen. Das Handeln der Troika hat in vielen Programmländern das Vertrauen in die europäische Demokratie beschädigt. Deswegen wollen wir, dass Europa seine Krisen künftig allein, nach eigenen Regeln, demokratischer und transparenter löst. Wir wollen den **Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM) in einen vollwertigen Europäischen Währungsfonds (EWF)** überführen und ihn im EU-Recht verankern, kontrolliert durch das Europäische Parlament und die nationalen Parlamente. Das Europäische Parlament soll das Recht auf Information, Kontrolle und Miternennung der Direktorin bzw. des Direktors des Europäischen Währungsfonds erhalten. Die Entscheidungen über längerfristige Kredite aus dem Europäischen Währungsfonds würden aber trotzdem weiterhin bei den nationalen Parlamenten liegen, solange das Geld dafür auch aus den nationalen Haushalten kommt. Um zu verhindern, dass ein Land plötzlich durch Spekulationen in eine tiefe Krise schlittert, braucht der **EWF** zusätzlich eine Möglichkeit zur schnellen Reaktion. Dafür soll er **kurzfristig Kredite bereitstellen** können, die bereits vor einer möglichen Krise präventiv wirken. Diese präventiven Kredite schützen Mitgliedstaaten davor, Opfer rein finanzmarktgetriebener Effekte zu werden. Eingriffe in die wirtschaftspolitische Souveränität der Mitgliedstaaten sind hierfür nicht erforderlich. Im Falle einer Krise darf es **nicht wieder zu einer massiven Sparpolitik** kommen, die ein Land in die soziale Krise stürzt und die Wirtschaftsleistung abwürgt. Neben Auflagen zur Modernisierung der Strukturen muss die Kreditvergabe an ein Land in Not diese Grundsätze beachten. Das Kaputtsparen ganzer Volkswirtschaften lehnen wir ab. Hohe Staatsschulden, das Risiko steigender Zinslasten und unverantwortliche Regierungspolitik sind ein großes Risiko für die Stabilität unserer Währung. Alle Euroländer brauchen daher **verlässlichen Zugang zu niedrigen Zinsen und starke Anreize zu soliden Staatsfinanzen**. Der Konflikt zwischen der italienischen Regierung und der EU-Kommission zeigt, wie hoch das Risiko durch einseitige nationale Finanzpolitik einzelner Länder für den Euro insgesamt ist. Daher wollen wir, ähnlich wie ursprünglich vom Sachverständigenrat vorgeschlagen, einen **Altschuldentilgungsfonds** einrichten, in den die Altschulden eines Landes eingebracht werden, die 60 Prozent des BIP übersteigen. Wer sich an die gemeinsam vereinbarten europäischen Finanzregeln hält, soll im Gegenzug von niedrigen Zinsen für die Abzahlung der Schulden im Altschuldentilgungsfonds profitieren. So vereinen wir europäische Solidarität und Solidität.



Ein krisenfester Euro bedeutet auch, dass keine Bank mehr die Stabilität unserer gemeinsamen Währung gefährden können darf. Mit der **gemeinsamen Bankenaufsicht bei der Europäischen Zentralbank**, mit den neuen Abwicklungsregeln, die die Gläubiger der Banken jetzt endlich zur Kasse bitten, und mit dem gemeinsamen Abwicklungsmechanismus ist der Einstieg in die Bankenunion geschafft. Doch einige Elemente fehlen noch immer, damit die neuen Regeln wirksam angewandt werden können.

Erstens **dürfen Banken nicht mehr zulasten der Steuerzahler gerettet werden**. Dafür braucht der gemeinsame Abwicklungsfonds eine Letztsicherung über den Europäischen Währungsfonds. So wird verhindert, dass er sich im Krisenfall als zu klein erweist. Die Letztsicherung soll als Kreditlinie gestaltet werden, die nach der Krise von den Banken zurückbezahlt wird. So wird gewährleistet, dass nicht doch wieder die Steuerzahler einspringen müssen.

Zweitens muss ein Euro überall gleich sicher sein, egal ob er bei einer niederländischen oder einer slowenischen Bank angelegt ist. Sonst verstärkt sich jede Krise selbst, weil Kund\*innen im Krisenfall um ihr Ersparnis bangen müssen und ihr Geld abziehen. Deshalb brauchen wir eine **gemeinsame europäische Einlagensicherung**. Sie soll als Rückversicherung ausgestaltet sein, damit die europäische Sicherung erst eingreift, wenn die nationale überfordert ist. Die deutschen Sparkassen und Genossenschaftsbanken können so weiter auf ihre bewährten Institutssicherungssysteme setzen.

Es ist richtig, uns in Europa gemeinsam gegen Risiken zu versichern, weil nur Europa das überhaupt leisten kann. Allerdings müssen dafür auch die Risiken der Banken in allen Euroländern abgebaut werden. Auch Staatsanleihen dürfen sich nicht länger nur in den Banken des jeweiligen Landes konzentrieren. Sonst führt die Krise eines Landes immer zur Krise seiner Banken. Die **Regulierung der Banken** als Konsequenz aus der Krise ist auch noch immer nicht abgeschlossen. Wir setzen uns für die Erhöhung der risikoungewichteten Eigenkapitalquoten auf 10 Prozent ein. Bei den Banken muss eine feste Schuldenbremse („leverage ratio“) gelten, damit sie ihre Risiken nicht künstlich kleinrechnen können. Außerdem sollen Großbanken ihr Handelsgeschäft von ihrem Kredit- und Einlagengeschäft trennen.

Unterschiedliche Geschäftsmodelle wollen wir nach Risiko und Komplexität unterschiedlich behandeln. Die **Aufsicht über kleine Banken wollen wir entbürokratisieren**, um sie im Wettbewerb nicht zu benachteiligen. Die ähnlichen, aber jeweils leicht unterschiedlichen Regeln für Banken, Versicherungen und Fonds wollen wir in einem **europäischen Finanzmarktgesetzbuch** zusammenfassen und vereinfachen, um unfairen Wettbewerb zu verhindern.

Unsere mittelständische Wirtschaft braucht **regional verwurzelte Banken**, die die Versorgung ihrer Regionen mit Krediten und Finanzdienstleistungen im Auge haben. Wir GRÜNEN haben uns im Europaparlament erfolgreich für einfachere Regeln für kleinere, solide Banken eingesetzt. Wir wollen **die europäische Finanzmarktgesetzgebung** weiter vereinfachen. Wer über solides Eigenkapital und ein konservatives Geschäftsmodell verfügt, soll bei Meldepflichten und laufender Aufsicht entlastet werden. So stärken wir regionale Banken für die Zukunft.







#### **Zusammenfassende Stichworte Monetative e.V.:**

*Keine Schulden- und Haftungsunion / Regeln der Fiskalunion beachten / Keine Staatsfinanzierung durch EZB / keine Abschaffung des Bargelds / europäische Finanztransaktionssteuer*

#### **Euro: Unser Europa ist eine Stabilitätsunion.**

Die Wirtschafts- und Währungsunion (WWU) und die Einführung des Euro sind Meilensteine der europäischen Integration. Wir treten für eine Stabilitätsunion ein. Dabei gilt für uns:

- Stabilität beginnt zuhause. Den Mitgliedstaaten muss daher so viel Eigenständigkeit und Eigenverantwortung wie möglich zugestanden werden – vor allem in der Haushalts- und Finanzpolitik. Die Einsetzung eines europäischen Finanzministers lehnen wir daher ab.
- Haftung und Verantwortung bleiben in einer Hand. Jeder Mitgliedstaat haftet für seine eigenen Schulden. Wir lehnen es ab, Schulden oder Risiken zu vergemeinschaften. Denn wir wollen eine echte Stabilitätsunion und **keine Schulden- und Haftungsunion**.
- Solide Staatsfinanzen sind ein Garant für einen handlungsfähigen Staat sowie für eine starke und stabile EU. Die Regeln des **Stabilitäts- und Wachstumspakts und des Fiskalvertrags** müssen strikt eingehalten und durchgesetzt werden. Verstöße gegen die Stabilitätskriterien müssen Konsequenzen haben. Wir wollen deshalb Ermessensspielräume beim Defizitverfahren einschränken und mehr Sanktionsmöglichkeiten für unser Europa schaffen. Im Notfall muss eine Insolvenzordnung für Euro-Staaten greifen.
- Wir wollen die **Bankenunion und die Kapitalmarktunion** unter Stabilitätsaspekten weiterentwickeln. Dabei müssen bestehende Risiken im Bankensystem zunächst zwingend reduziert werden. Insbesondere sollen Staatsanleihen nicht mehr als risikolos gelten und von Banken – genauso wie andere Anlageformen – mit Eigenkapital unterlegt werden müssen. Bankenrettungen aus Steuermitteln lehnen wir ab. Bei allen Änderungen auf europäischer Ebene müssen die Besonderheiten unseres bewährten Drei-Säulen-Systems aus Privatbanken, öffentlich-rechtlichen Banken und Genossenschaftsbanken erhalten bleiben.
- Wir bekennen uns zur **Unabhängigkeit der Europäischen Zentralbank (EZB)** im Rahmen ihres Mandats. Denn nur eine starke Zentralbank, die nicht von der Politik beeinflusst wird, kann eine wirkungsvolle Geldpolitik mit dem Ziel der Geldwertstabilität sicherstellen. Sparer dürfen nicht die Leidtragenden sein. Geld- und Finanzpolitik müssen strikt getrennt werden. Staatsfinanzierung ist nicht Aufgabe der EZB.

	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Wir wollen den Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM) weiterentwickeln. Dazu unterstützen wir die <b>Schaffung eines Europäischen Währungsfonds</b>, damit die Finanzstabilität unseres Europas nicht vom Wohlwollen anderer Wirtschaftsmächte abhängig ist. Die Kontrolle durch den Deutschen Bundestag bleibt dabei bestehen.</li> <li>• Bargeld ist gelebte Freiheit. Daher <b>lehnen wir eine Abschaffung des Bargelds ab</b>. Unser Europa steht für eine solide Haushaltspolitik. Wir wollen mit den Haushaltsmitteln der EU verantwortungsvoll umgehen. Haushaltsmittel müssen für Zukunftsaufgaben eingesetzt werden, die einen europäischen Mehrwert schaffen und den europäischen Bürgern nutzen. Wir werden regelmäßig prüfen, welche Aufgaben entbehrlich sind und entfallen können. Europa soll nur dann tätig werden, wenn ein europaweit einheitliches Vorgehen einen echten Mehrwert gegenüber der nationalstaatlichen Aufgabenerfüllung bringt. Klar ist aber auch: Wir brauchen eine handlungsfähige Europäische Union. Dafür werden wir sie entsprechend ihren Aufgaben finanziell sinnvoll und mit Augenmaß ausstatten.</li> </ul> <p>Wir wollen eine <b>Finanztransaktionssteuer im europäischen Kontext</b> mit breiter Bemessungsgrundlage und niedrigem Steuersatz einführen.</p>
 <p><a href="#">Die Linke</a></p>	<p><b>Zusammenfassende Stichworte Monetative e.V.</b>  <i>Demokratische Kontrolle der EZB / Ausweitung des EZB-Mandats u.a. auf Vollbeschäftigung / Finanztransaktionssteuer</i></p> <p>Finanzmärkte und Banken müssen entmachtet und der <b>Finanzsektor unter demokratische Kontrolle</b> gebracht und am Gemeinwohl ausgerichtet werden.</p> <p>Wir wollen Banken verkleinern und das Investmentbanking abwickeln. Als ersten Schritt wollen wir das <b>Investmentbanking von den anderen Geschäftsbereichen isolieren</b>. Alle Banken werden auf ein solides, auf die Bedürfnisse der Gesellschaft und der Realwirtschaft bezogenes Geschäftsmodell nach dem Vorbild der Sparkassen und Genossenschaftsbanken verpflichtet:</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. Abwicklung des Zahlungsverkehrs</li> <li>2. einfachere und sichere Sparinstrumente und</li> <li>3. Finanzierung öffentlicher und privater Investitionen.</li> </ol> <p>Der Hochfrequenzhandel an der Börse muss ausgebremst werden. Dafür richten wir endlich eine umfassende <b>Finanztransaktionssteuer von 0,1</b> Prozent ein, die schädliche Spekulation eindämmt, ohne realwirtschaftlichen Investitionen zu schaden.</p>

**DIE LINKE.**

Statt der **unsozialen und undemokratischen Ausrichtung der EZB** und der Troika wollen wir, dass öffentliche Investitionen im Interesse des Gemeinwohls auch durch EZB-Kredite finanziert werden können. Zivile öffentliche Investitionen sollten kurzfristig nicht auf die öffentliche Verschuldung angerechnet werden, da sie auch Vermögen für zukünftige Generationen stiften und es sinnvoll ist, diese auch langfristig über Kredite zu finanzieren (Goldene Regel der Haushaltspolitik). Dies geht auch ohne Änderung der EU-Verträge.

Wir wollen zukünftig die öffentlichen Haushalte von der **Diktatur der Finanzmärkte** befreien, indem die Staaten sich auch über die EZB günstig finanzieren können. Dies ist kurzfristig EU-vertragskonform durch den Ankauf von Anleihen der Europäischen Investitionsbank (EIB) sowie nationaler Förderbanken möglich. Damit die einzelnen Staaten nicht mehr allein auf die Finanzmärkte angewiesen sind, müssen außerdem **gemeinsame Euro-Bonds** unter europäischer parlamentarischer Kontrolle ohne die Verknüpfung mit nachfrage- und investitionshemmenden Strukturreformen eingeführt werden.

Wir streiten dafür, ein Beschäftigungsziel für die EU gesetzlich festzuschreiben: Unser Beschäftigungsziel ist **Vollbeschäftigung**. Dieses Beschäftigungsziel wollen wir **auch als Leitlinie für die Europäische Zentralbank festschreiben**. Eine gemeinsame europäische Industriepolitik für einen sozial-ökologischen Umbau und für die Förderung strukturschwacher Regionen. Statt öffentlich-privater Partnerschaften wollen wir Kredite in den sozial-ökologischen Umbau lenken. Das Kapital von Entwicklungs- und Förderbanken muss dafür gestärkt werden.

Die **EZB** muss unter demokratische Entscheidungen und Kontrolle des Europäischen Parlaments gestellt werden.



**FDP**

**Zusammenfassende Stichworte Monetative e.V.:**

*Für Beibehaltung des Bargelds / keine Finanztransaktionssteuer / Europäischer Währungsfonds (EWF) / Bankenabwicklung statt Bankenrettung / Mehrheitsprinzip im EZB-Rat*

Wir Freie Demokraten sprechen uns für die **Beibehaltung des Bargeldes** aus. Es soll auch zukünftig europaweit möglich sein, mit Bargeld zu zahlen.

Die Zuweisung eigener Steuern an die europäische Ebene oder die Einführung von EU-Steuern lehnen wir hingegen ab. Insbesondere eine **Finanztransaktionssteuer halten wir für falsch**. Eine solche Steuer würde die Sparerinnen und Sparer, die Altersvorsorge sowie die Realwirtschaft belasten.

Wirtschaftswachstum lässt sich nämlich nicht mit immer mehr Staatsausgaben erkaufen – es entsteht durch unternehmerische Initiative und neue Ideen.



Wir wollen den **Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM) zu einem Europäischen Währungsfonds (EWF) umbauen** [...] Er soll Staaten nach dem Grundsatz „Hilfe zur Selbsthilfe“ mit einem strengen Anpassungsprogramm wieder auf die Beine helfen. Um die Verantwortung der privaten Geldgeber zu stärken, wollen wir einen **Insolvenzmechanismus für Staaten** einführen: Bevor an ein Mitglied der Eurozone öffentliche Mittel aus dem EWF fließen, muss es künftig eine **Beteiligung der privaten Gläubiger** dieses Staates an den Stabilisierungslasten geben, zumindest in Form einer Laufzeitverlängerung der jeweiligen Staatsanleihen.

Wir Freie Demokraten halten an dem bestehenden **dezentralen System der Einlagensicherung** auf Ebene der Mitgliedstaaten fest.

Wir Freie Demokraten wollen die **Bankenunion marktwirtschaftlich gestalten**. Die größeren Banken im Euroraum werden seit 2014 direkt von der Europäischen Zentralbank (EZB) beaufsichtigt und können im Falle ihres Scheiterns seit 2016 von einer europäischen Abwicklungsbehörde (dem Single Resolution Board (SRB)) abgewickelt werden. **Die europäische Aufsicht soll sich stärker als bisher um wirklich systemrelevante Banken kümmern**. Interessenkonflikte in der EZB, die zwischen Geldpolitik und Bankenaufsicht bestehen, müssen identifiziert und abgebaut werden. Ferner wollen wir das marktwirtschaftliche Prinzip **„Bankenabwicklung statt Bankenrettung“** konsequent umsetzen. Dazu müssen Schlupflöcher aus dem Abwicklungsregime geschlossen, eine **umfangreichere Haftung der Investoren und Gläubiger** (durch sogenannten Bail-in) sichergestellt und die Abwicklungsbehörde organisatorisch gestärkt werden. Den weiteren Einsatz von Steuergeld zur Bewältigung von Banken Krisen lehnen wir Freie Demokraten folglich ab. Das gilt auch für die derzeit diskutierte fiskalische Letztsicherung für den Bankenabwicklungsfonds (SRF), die nichts anderes ist als eine Kreditlinie aus öffentlichen Mitteln.

Aus Finanzstabilitätsgründen **lehnen wir** den derzeit diskutierten **„Green Supporting Factor“**, also einen Rabatt auf die Risikogewichte für Forderungen gegenüber nachhaltig wirtschaftenden Unternehmen, **ab**. Auch der Übergang zum nachhaltigen Wirtschaften darf nicht dazu führen, dass Banken ihre Risiken nicht mehr korrekt erfassen und durch ausreichend Eigenkapital unterlegen müssen; eine solche Praxis wäre auch der Nachhaltigkeit im Finanzsektor abträglich.

Wir Freie Demokraten wollen den **Binnenmarkt für Finanzdienstleistungen ausbauen**. Dadurch verringern wir die Abhängigkeit einzelner Volkswirtschaften im Euroraum von einigen wenigen nationalen Banken.

Unter anderem wollen wir **einheitliche Definitionen für erlaubnispflichtige Bankgeschäfte, Finanzdienstleistungen und Zahlungsdienste** schaffen, das Insolvenzrecht und das Recht der Kreditsicherheiten in den Mitgliedstaaten stärker angleichen und das Geldwäscherecht für Banken sowie Finanz- und Zahlungsdienstleister voll harmonisieren. Bestehende Lücken im


	<p>System des „Europäischen Passes“, der regulierte Unternehmen dazu berechtigt, grenzüberschreitende Geschäfte zu betreiben, wollen wir schließen.</p> <p>Viele Regulierungen, die nach der Finanzkrise beschlossen worden sind, führen zu einer hohen Belastung bei kleineren Instituten ... Daher wollen wir eine proportionale, nachvollziehbare und abgestufte Regulierung einführen und insbesondere <b>kleine Finanzmarktakteure von Verwaltungsaufwand entlasten</b>. Wir wollen <b>Staatsanleihen ein Risikogewicht</b> zuweisen, damit Banken für sie auch Eigenkapital vorhalten müssen. Darüber hinaus sollte die <b>Kreditvergabe an Staaten</b> durch eine Großkreditobergrenze beschränkt werden.</p> <p>Mehrheitsregeln, nach denen der EZB-Rat beschließt [...] Beschlüsse über unkonventionelle Maßnahmen wie Staatsanleihekaufprogramme eine <b>qualifizierte Mehrheit erforderlich</b> sein. So stärken wir den EZB-Rat gegenüber politischem Druck [...].</p>
	<p><b>Zusammenfassende Stichworte Monetative e.V.:</b>  <i>Anonyme Bezahlvorgänge auch von online-Bankkonten / keine Bankenrettung durch Steuergelder / Bändigung der Finanzmärkte, z.B. durch Finanztransaktionssteuer</i></p> <p>Der Kampf gegen Steuerflucht wird verschärft durch <b>automatische Meldepflichten für Banken</b>, das Einfrieren verdächtiger Guthaben und verbesserte Strafverfolgung gegen Steuerhinterziehung.</p> <p>Die Beihilfe zur Steuerhinterziehung und zum Steuerbetrug durch Banken und Beratungsagenturen werden konsequenter verfolgt.</p> <p>[...] <b>Alltagsgeschäfte auch online anonym bezahlen</b>. Über die bargeldlose Bezahlung ist das Erstellen von persönlichen Profilen möglich. Verbraucherinnen und Verbraucher müssen in der Lage sein, bei Alltagsgeschäften online anonym zu bezahlen – in dem Rahmen, in dem dies auch bei Bargeldzahlungen möglich ist.</p> <p><b>Steuerzahlerinnen und Steuerzahler sollen nirgendwo in Europa mehr für Bankenpleiten bezahlen</b>. Eine Bankenkrise darf nicht wieder zu einer Staatsschuldenkrise werden. Hierfür werden wir die fatale Kopplung zwischen Staaten und Banken weiter auflösen. Dazu werden wir die Bankenunion weiter vertiefen und u.a. eine gemeinsame Letztsicherung für den Bankenabwicklungsfonds schaffen.</p> <p>Zugleich scheint der globale Markt, gerade der Finanzmarkt, die politische Gestaltungsmacht von Staaten auszuhebeln.</p>



Wir brauchen Europa, um die großen Zukunftsaufgaben erfolgreich zu bewältigen: [...] Durch eine Politik, die es schafft, immer noch **entfesselte Finanzmärkte** zu bändigen.

Unser Ziel bleibt eine **umfassende Finanztransaktionssteuer**. Diese soll alle börslichen und außerbörslichen Transaktionen von Wertpapieren, Anleihen und Derivaten sowie alle Devisentransaktionen umfassen.

## 2. Kleinere Parteien – zur Europawahl zugelassen

Partei	Zusammenfassende Stichworte + Zitierte Stellen aus dem jeweiligen Parteiprogramm
 <p><a href="#">Ab jetzt ... Demokratie durch Volksabstimmung</a></p>	<p><b>Zusammenfassende Stichworte Monetative e.V.:</b> <i>Nationale Währungshoheit / Staatliche Geldschöpfung für öffentliche Zwecke (wie z.B. Kindergärten, Bildung)</i></p> <p>Also stellen wir uns folgende Fragen und sagen zu ihnen „JA“! Wollen Sie, dass [...]</p> <p><b>6. Deutschland sich das benötigte Geld zinslos selber erzeugt</b> (siehe Art. 73 Nr. 4 Grundgesetz: Währungshoheit), statt es von Privatbanken mit hohen Zinsen zu leihen und so mindestens 60 Mrd. Euro/Jahr einspart, die für Arbeits-, Ausbildungsplätze, Bildung, Kindergartenplätze u.a. zur Verfügung stehen?</p> <p><b>7. staatliche Zinszahlungen an Privatbanken unterbleiben</b> und alle Banken-Rettungsschirme (EFSF, ESM usw.) storniert werden?</p>



**Aktion Partei für  
Tierschutz**

**Zusammenfassende Stichworte Monetative e.V.:**

*Gegen Wachstumszwang / gegen Überschuldung*

Unser derzeitiges Wirtschaftssystem ist ausschließlich auf Wachstum ausgelegt. Die ökologischen Auswirkungen wurden bereits oben im Abschnitt „Umweltschutz“ kurz erwähnt.

Auch eine Wirtschaft kann nicht unbegrenzt wachsen, ohne sich dabei mittelfristig selbst zu zerstören. Dies wäre ein Verstoß gegen alle Naturgesetze. Ein **Wirtschaftssystem, welches sich ständig höher verschuldet und sich von „Zinseszins“-Effekten ernährt**, muss zwangsläufig in sich implodieren. Es wird wohl erst passieren müssen, bevor sich etwas Neues etabliert.

Die **weltweite Überschuldung** kann nicht mehr ausgeglichen werden, das gibt auch jeder seriöse Politiker und Finanzexperte hinter vorgehaltener Hand zu. **Unser ganzes Papiergeldsystem** funktioniert nur noch, weil wir daran glauben. Das Papiergeld ist schon längst nicht mehr durch Sachwerte oder Goldreserven gedeckt. Im Gegenteil: Der Crash wird nur dadurch noch hinausgezögert, weil die Gelddruckmaschinen ständig weiterlaufen. Sobald die Börsen anfangen diesen Schwindel zu realisieren, wird sich die Abwärtsspirale in Gang setzen – unausweichlich.



**Bundesvereinigung  
FREIE WÄHLER**

**Zusammenfassende Stichworte Monetative e.V.:**

*Keine Eurobonds / Stimmrechte in der EZB gemäß Größe der Länder / kein europäischer Währungsfonds / Staateninsolvenzverfahren und Austrittsrecht aus dem Euro / Sonderregeln für risikoarme Sparkassen und Genossenschaftsbanken / Bargeld erhalten / Finanztransaktionssteuer*

Wir FREIE WÄHLER wollen zurück zu einer stabilen Währung und dem Grundsatz, dass jedes Land für seine Schulden selbst haftet. Unsere **Währungsunion muss eine Stabilitätsunion werden**. Wir wollen verhindern, dass die Schuldenpolitik einzelner Staaten und Banken unser ganzes Wirtschaftssystem sowie die Sparer und Steuerzahler weiter belastet und in Gefahr bringt.

**Stabiler Euro**

Wir FREIE WÄHLER wollen die verfehlte Euro-Rettungspolitik der letzten Jahre korrigieren. Provisorisch geschaffene Instrumente wollen wir nicht weiterentwickeln, sondern zurückfahren. Jedes Land muss für seine Schulden selbst haften und Verstöße gegen den Stabilitäts- und Wachstumspakt müssen konsequent geahndet werden.

**Stabile Währung statt Schuldenunion – keine Eurobonds**



„Jedes Land haftet für seine Schulden selbst“ – für diesen Grundsatz treten wir FREIE WÄHLER auch weiterhin ein. Eine Vergemeinschaftung unserer Schulden in Form von **Eurobonds als gemeinsame Anleihen** oder anderen Instrumenten lehnen wir entschieden ab.

#### **Haftungsgemeinschaft durch neue EU-Verbriefungsmöglichkeiten verhindern**

Wir FREIE WÄHLER setzen uns dafür ein, dass unsere deutschen Staatsanleihen künftig nicht mit denen anderer Euro-Staaten in sogenannten SBBS-Papieren gebündelt werden. Das führt zu einer Vergemeinschaftung von Risiken durch die Hintertüre, die wir verhindern wollen.

#### **EZB reformieren**

Die Unabhängigkeit der Zentralbank von politischen Einflüssen ist uns weiterhin sehr wichtig. Wir FREIE WÄHLER wollen aber, dass intern die **Stimmrechte der nationalen Notenbanken in der EZB** nach den entsprechenden Haftungsanteilen gewährt werden. Außerdem wollen wir einen Systemwechsel hin zu einer jährlichen **Tilgung der TargetSalden durch Gold**. Weiterhin setzen wir uns für eine Sperrminorität von 25 Prozent der Stimmen ein, wenn EZB-Maßnahmen zu einer Umverteilung von Vermögen zwischen Staaten der Euro-Zone führen können.

#### **ESM auflösen**

Wir FREIE WÄHLER wollen den Europäischen Stabilitätsmechanismus als überstürzt eingeführtes Kriseninstrument wieder auflösen, indem die Ausleihkapazität des ESM schrittweise zurückgefahren wird.

#### **Europäischen Währungsfonds verhindern**

Pläne der Europäischen Kommission sehen vor, dass der Europäische Stabilitätsmechanismus zu einem europäischen Währungsfonds weiterentwickelt wird. Das lehnen wir FREIE WÄHLER entschieden ab. Es entstünde hierdurch ein Instrumentarium, wodurch die nationalen Parlamente jede verbliebene Kontrolle verlieren und gleichzeitig im Krisenfall sehr hohe Staatshilfen fließen würden. Zudem ist eine Doppelstruktur zum längst bestehenden und hervorragend arbeitenden Internationalen Währungsfonds nicht notwendig.

#### **Geordnetes Staateninsolvenzverfahren für die Eurozone**

Wir FREIE WÄHLER wollen klare Regeln bei Zahlungsunfähigkeit eines Euro-Staats. Hierfür braucht es ein unabhängiges Gremium zur Überwachung des Verfahrens. Der Internationale Währungsfonds kann diese Aufgabe übernehmen. Verbindliche Regeln sollen dafür sorgen, dass Insolvenzverfahren in einem festgelegten Zeitraum abgewickelt und Umschuldungsverhandlungen nicht verzögert werden können.





### **Geregeltes Austrittsverfahren aus der Währungsunion**

Wir FREIE WÄHLER setzen uns für klare Regeln für den Austritt aus dem Euro-Währungsgebiet ein. Es muss künftig klar sein, was mit einem Mitgliedstaat passiert, wenn er zu einer unzumutbaren Belastung für die Eurozone wird. Bislang kann nach den Verträgen nur ein vollständiger Austritt aus der EU erfolgen. Mit einem Austritt aus der Eurozone kann jedoch ein krisengeschütteltes EU-Mitgliedsland zu einer nationalen Währung zurückkehren und durch Abwertung Schritt für Schritt seine Wettbewerbsfähigkeit wiedererlangen.

### **Korruption, Steuerdumping, -betrug, -vermeidung, und Geldwäsche effektiv bekämpfen**

Viel Geld fließt in Europa am Fiskus der Mitgliedstaaten vorbei. Aufgrund dessen sind Staaten höher verschuldet als notwendig oder es können viele wichtige Vorhaben nicht realisiert werden. Das wollen wir ändern: Wir FREIE WÄHLER wollen ein entschlossenes Vorgehen gegen Korruption, Steuerdumping, -betrug, -vermeidung, und Geldwäsche international und in Europa. Wir treten hier für mehr Zusammenarbeit auf EU-Ebene ein.

### **Keine EU-Einlagensicherung für Sparkassen und Genossenschaftsbanken**

Wir FREIE WÄHLER werden uns weiterhin gegen eine europäische Einlagensicherung stellen, die den bewährten Anlegerschutz in Deutschland und sogar indirekt die Zahlungsfähigkeit von Betrieben und Handwerksunternehmen gefährdet. Wir wollen nicht, dass unsere solide wirtschaftenden Sparkassen und Genossenschaftsbanken gezwungen werden, für marode Banken in Mithaftung genommen zu werden.

### **Sonderbehandlung regional tätiger Banken bei EU-Gesetzen**

Wir FREIE WÄHLER setzen uns für **den Erhalt unseres bewährten deutschen Drei-Säulen-Banken-Modells** ein. Gerade in Zeiten der Krise hat sich unsere Bankenstruktur für Sparer, Anleger und mittelständische Wirtschaft bewährt. Den wiederholten Versuchen Brüssels, die Struktur unserer Sparkassen und Genossenschaftsbanken in Frage zu stellen, erteilen wir eine klare Absage. Denn sie sind wichtige Finanzpartner vieler Menschen und Unternehmen in unserem Land. Wir werden weiterhin bei der Regulierung zwischen Sparkassen, Genossenschaftsbanken oder Förderbanken mit risikoarmen Geschäftsmodellen und den systemrelevanten Großbanken unterscheiden. Die kleinen Institute dürfen nicht die Lasten des besonderen Kontrollerfordernisses der Großen tragen.

### **Bargeld erhalten**

Wir FREIE WÄHLER stellen uns den Bestrebungen zur Abschaffung unseres Bargelds entgegen. Wir halten es angesichts zunehmender Cyberangriffe für höchst fahrlässig, ausschließlich auf den elektronischen Zahlungsverkehr setzen zu wollen. Die sicherheitspolitischen Ziele der Nachverfolgbarkeit aller Transaktionen werden ohnehin nicht erreicht, wenn



Ausweichmöglichkeiten auf andere Währungen, Gutscheinsysteme oder Kryptowährungen bestehen. Außerdem wächst die Machtfülle der Banken und staatlicher Organisationen, wenn es nicht mehr möglich ist, Bargeld zu Hause aufzubewahren.

#### **Verschuldungsverbot der EU fortführen**

Wir FREIE WÄHLER setzen uns weiterhin dafür ein, dass das Verschuldungsverbot für die EU fortbesteht. Sie muss mit den Geldern haushalten, die ihr durch Beiträge von Mitgliedstaaten oder Eigenmittel zur Verfügung stehen.

#### **Ausdehnung der Eigenmittel auf eine europäische Finanztransaktionsabgabe**

Wir wollen die internationalen Finanzmärkte wieder stärker regulieren und damit unser Finanzsystem krisenfester machen. Eine Regelung macht hier allerdings nur in einem größeren europäischen Rahmen Sinn. Deshalb treten wir an dieser Stelle für eine europäische Transaktionsabgabe ein. Die daraus gewonnenen Einnahmen wollen wir dem EU-Haushalt als weitere Eigenmittel zuführen. Ausgenommen von dieser Finanztransaktionsabgabe sollen die private Vermögensbildung und die Bildung von Altersvorsorgekapital sein.



#### **Zusammenfassende Stichworte Monetative e.V.:**

*Abbau Target2-Forderungen / Erhalt von Bargeld / Alternativen zur Finanzierung von Immobilienkauf durch Schulden*

Statt den Euro zur einheitlichen Währung der ganzen EU zu machen, sollen **flexible Umrechnungskurse wiedereingeführt** werden, um die Zahlungsdefizite schnellstens auszugleichen.

Um die Auswirkungen der internationalen Verschuldung zu mindern, sind die **Target2-Forderungen der Deutschen Bundesbank abzubauen.**

Innerhalb der EU arbeiten wir auf den Abbau von Subventionen und eine Verschlankung des EU-Budgets hin.

#### **Bargeld muss als Zahlungsmittel erhalten bleiben.**

Vertrauen zwischen Regierungen und Wählern kann wiederhergestellt werden, indem die finanziellen Belastungen nachfolgender Generationen transparent gemacht werden, statt immer weiteren Wohlstand zu versprechen. Die **Dringlichkeit des Abbaus der Staatsschulden** muss publik gemacht werden.

Banken müssen angemessene Gebühren für die **Absicherung gegen Zahlungsunfähigkeit** und Überschuldung durch den Staat und die EZB zahlen.

	<p>Wir erarbeiten <b>Alternativen zur Schuldenfinanzierung</b>. Es sollen neue Finanzinstitute entwickelt werden, die den Erwerb von Immobilien durch Miteigentumsmodelle und Mietkaufmodelle ermöglichen.</p>
 <p><b>Bündnis für Innovation &amp; Gerechtigkeit</b></p>	<p><b>Zusammenfassende Stichworte Monetative e.V.:</b> <i>Finanztransaktionssteuer / Gemeinwohl</i></p> <p>Da die Finanzmärkte bislang praktisch kaum besteuert werden, ist die Einführung einer <b>Verkehrssteuer für Finanztransaktionen</b> dringend überfällig. [...] Nach Berechnungen würde die geplante moderate Finanztransaktionssteuer den Mitgliedstaaten gut 50 Milliarden Euro jährlich einbringen. Angesichts der Tatsache, dass die EU-Staaten den Finanzsektor in der Wirtschafts- und Bankenkrise 2008 bis 2010 mit ca. 4,6 Billionen Euro unterstützt haben, wäre diese Besteuerung sogar nur ein Tropfen auf den heißen Stein. Die Finanztransaktionssteuer muss daher zeitnah eingeführt und deutlich höher angesetzt werden. Bei einem Steuersatz von nur 0,5% auf den Handel mit Aktien könnten jährliche Einnahmen von gut 250 Milliarden Euro realisiert werden. Die Finanzmärkte sind endlich stärker in die Pflicht zu nehmen, <b>wer in Krisenzeiten Billionen von Steuergeldern beansprucht, muss sich in Zeiten des Wachstums auch angemessen am Gemeinwohl beteiligen.</b></p>
 <p><b>Demokratie in Europa - DIEM25</b></p> <p><i>(dt. Übersetzung vom Monetative e.V.)</i></p>	<p><b>Zusammenfassende Stichworte Monetative e.V.:</b> <i>Öffentliche digitale Zahlungsplattform auf Grundlage von Steuergutschriften für schuldenfreie öffentliche Investitionen / Unterstützung von überschuldeten Privatleuten / Bekämpfung von Bankenaktivitäten in Steueroasen / allgemeine Mindeststeuerbasis für Unternehmen / Europäisches Budget, finanziert aus Finanztransaktionssteuer, CO2-Abgabe und Eurobonds / Ausgleich von Finanzungleichgewichten im Euro-Raum durch Verrechnungseinheit ECU / Entschuldung von Staaten durch EZB / schärfere Bankenregulierung / Yanis Varoufakis als theoretischer Kopf dahinter</i></p> <p><b>We will transform the financial system</b> to prioritize people over profits. The 2008 crisis revealed fundamental flaws in our financial system. But in the years since, policymakers have failed to address them. Millions of people are still struggling with debt, while the banks rake in record profits. We need a comprehensive plan for change. <i>(Übersetzung) [„Wir werden das Finanzsystem transformieren, so dass es Menschen über Profit stellt. Die 2008er Krise hat fundamentale Fehler in unserem Finanzsystem aufgedeckt. Aber in den vergangenen Jahren haben es die Politiker versäumt, diese zu adressieren. Millionen Menschen kämpfen immer noch mit Schulden, während die Banken Rekordgewinne einfahren. Wir brauchen einen umfassenden Plan für Änderung.“]</i></p>



(dt. Übersetzung vom  
Monetative e.V.)

If we wish to guarantee access to decent jobs, health, and education, we cannot rely on private finance alone. European Spring is proposing a **European People's Bank (EPB)** that will cater to the needs of every neighbourhood in every municipality of the EU. Each member-state will govern the EPB in its jurisdiction, issuing national tax credits to create liquidity for each branch.

**The EPB** will then use a **Public Digital Payment Platform (PDPP)** to take deposits and give out loans on the basis of those tax credits. Through this mechanism, the EPB can invest in a range of municipal services without increasing member-state deficits. (Übersetzung) [„Wenn wir Zugang zu anständiger Beschäftigung, Gesundheit und Ausbildung garantieren wollen, können wir uns **nicht** nur auf private Finanzierung verlassen. ‚Europäischer Frühling‘ schlägt eine **Europäische Bank für die Menschen** (European People's Bank EPB) vor, die für die Bedürfnisse jeder Nachbarschaft in jeder Gemeinde der EU da ist. Jeder Mitgliedsstaat wird die EPB in seinem Zuständigkeitsbereich steuern, mit der Ausgabe nationaler Steuergutschriften, um Liquidität in den Geschäftsstellen bereit zu stellen. Die EPB wird dann eine **öffentliche digitale Zahlungsplattform (PDPP)** nutzen um Einlagen anzunehmen und Kredite zu vergeben, auf der Basis der Steuergutschriften. Durch diesen Mechanismus kann die EPB in Gemeindeaufgaben investieren, ohne ein Defizit des Mitgliedsstaats zu erhöhen.“]

We are proposing a new agency to protect families that are struggling with debt and to **support community banks from non-performing loans**. The worst of the bad debts will be moved to a **Private Debt Restructuring Organisation** in exchange for tax credits of an equal value. As the debt is being processed, we will introduce a moratorium on home foreclosures and auctions, allowing debtors to pay rent directly to the PDRO. Finally, when they are solvent again, debtors will have the right to buy their house back from the PDRO.

(Übersetzung) [„Wir schlagen eine neue Agentur vor, um Familien, die unter Schulden zu leiden haben und **Gemeinschaftsbanken mit notleidenden Krediten, zu unterstützen**. Die schlimmsten von diesen schlechten Schulden werden in eine **private Schulden Restrukturierungs-Organisation (PDRO)** verlagert, im Austausch für Steuergutschriften in gleicher Höhe. Wenn die Schuld verlagert ist, werden Hausversteigerungen und Auktionen ausgeschlossen und den Schuldner erlaubt Miete direkt an den PDRO zu zahlen. Am Ende, wenn die Schuldner wieder zahlungsfähig sind, haben sie das Recht ihre Häuser vom PDRO zurück zu kaufen.“]

European Spring will challenge the laws that allow jurisdictions like Luxembourg, the Netherlands, and Ireland to enable tax evasion. We will also clean up Europe's banking sector. We will introduce a simple rule: **banks that do not disclose what they do in tax havens cannot operate in Europe**. Finally, we will investigate all European corporations and individuals with accounts in blacklisted tax havens outside the EU. If they are caught engaging in tax evasion, we will revoke their property rights.

(Übersetzung) [„Europäischer Frühling wird das Recht anfechten, welches in seiner Zuständigkeit die Steuerflucht erlaubt, wie in Luxemburg, Niederlande und Irland. Wir werden auch den europäischen Bankensektor aufräumen. Wir werden eine einfache Regel einführen: **Banken, die ihre Aktivitäten in Steueroasen nicht offenlegen, können nicht in Europa operieren**. Schließlich werden



(dt. Übersetzung vom  
Monetative e.V.)

wir alle europäischen Unternehmen und Personen, mit Konten in bekannten Steueroasen außerhalb der EU, untersuchen. Wenn sie der Steuerhinterziehung überführt sind, werden ihnen die Eigentumsrechte entzogen.“]

The EU budget is a vital resource of investment for all EU member-states. We will introduce new measures to expand the EU budget, while matching these spending commitments with EU own resources. We will develop several avenues for raising the revenue for this ambitious budget, including a carbon tax to curb climate change, a **tax on financial transactions**, and the introduction of **new Eurobonds** to finance infrastructure projects across the EU, among others.

(Übersetzung) [„Das europäische Budget ist eine unerlässliche Quelle für Investment für alle EU Mitgliedsstaaten. Wir werden neue Maßnahmen einführen, die das europäische Budget ausweiten und diese Ausgabenverpflichtungen durch EU eigene Mittel zu ermöglichen. Wir werden verschiedene Einnahmequellen für dieses ambitionierte EU Budget entwickeln, einschließlich CO2 Steuer, **Finanztransaktionssteuer** und die Einführung **neuer Euro Bonds**, um u.a. Infrastruktur Projekte innerhalb Europas zu finanzieren.“]

[...] we are calling for a **European Clearing Union (ECU)** that will rebalance Europe’s lop-sided trade relations. The ECU would create a common accounting unit, and it would evaluate each country on how much it exports or how much it imports. The ECU would tax countries with high levels of trade surplus, and it would use these additional funds to invest in regions that lack access to investment resources. In this way, the ECU will significantly reduce the structural inequalities between EU member-states. In addition, the ECU will incentivise countries with large trade surpluses to stop “living beneath their means” and increase wages and investment, reducing inequality within countries, as well.

(Übersetzung) [„[...] wir fordern eine **Europäische Zahlungsausgleichs Einheit (ECU)**, der den unausgeglichene Handel Europas ausgleicht. Der ECU würde als allgemeine Verrechnungseinheit verwendet, und den Import und Export jedes Landes bewerten. Der ECU würde Länder mit hohem Handelsüberschuss besteuern und diese zusätzlichen Einnahmen in Regionen investieren, die keinen Zugang zu Investitionen haben. Auf diese Weise wird der ECU die strukturelle Unausgeglichenheit zwischen EU Mitgliedsstaaten signifikant verringern. Zusätzliche wird der ECU Anreize für Länder mit hohem Handelsdefizit schaffen, nicht länger ‚unterhalb ihrer Mittel zu leben‘ und Löhne zu erhöhen, was die Ungleichheit innerhalb dieser Länder ebenfalls verringert.“]

We will offer the opportunity for member-states to **convert their debt with a loan serviced by the European Central Bank** at a very low rate, reducing debt burden in the short-term and — due to the low rate — in the long-term, as well. We will also ensure that the **ECB is protected from losses** by ensuring that its new liabilities are given priority over its other obligations, and by forcing the European Stability Mechanism to ensure their bonds, as well.

(Übersetzung) [„Wir werden den Mitgliedsstaaten die Möglichkeit eröffnen, ihre **Schulden in Darlehen der Europäischen Zentralbank (EZB) umzuwandeln**, mit sehr niedrigen Zinsen, um die Schuldenlast kurzfristig und langfristig zu verringern. Wir werden sicherstellen, dass die **EZB gegen Ausfälle gesichert** ist, durch Vorrangigkeit der neuen Verbindlichkeiten vor anderen Verpflichtungen und auch durch den Zwang der Absicherung durch den Europäischen Stabilitätsmechanismus.“]



In order to prevent the reckless banking that led to the last financial crisis, we are calling for a **new macroprudential framework to reduce risk** and encourage investment among Europe's banks. We will **raise the minimum equity ratio** in order to increase banks' resilience. We will **limit the total assets that banks are allowed to accumulate** in order to prevent them from becoming "too big to fail." And we will **ban toxic financial products** that distort banks' balance sheets and put our economies at risk.

*(Übersetzung) [„Um rücksichtsloses Bankenverhalten zu verhindern, das zur letzten Finanzkrise geführt hat, fordern wir ein **neues makroprudenzielles Framework zur Risikominimierung** und Investitionsanregung unter den europäischen Banken. Wir werden die **minimale Einlagenquote erhöhen** um die Widerstandskraft der Banken zu erhöhen. Wir werden die totalen **Vermögenswerte von Bank limitieren** um das ‚too big to fail‘ Risiko zu minimieren. Und wir werden **toxische Produkte verbieten**, welche die Bankbilanzen verzerren und unsere Ökonomie Gefahren aussetzen.“]*

We will **complete the banking union** in order to guarantee the integrity the Eurozone and protect it from future financial shocks. Our plan is twofold. First, we will support a European deposit insurance scheme that shares risk across the Eurozone. Second, we will extend the Bank Recovery and Resolution Directive to account for all 'zombie' banks currently in operation. We propose to move these banks into a Eurozone jurisdiction in order to restructure and recapitalize them.

*(Übersetzung) [„Wir werden die **Bankenunion abschließen**, um die Integrität der Eurozone zu garantieren und sie vor zukünftigen Finanzschocks zu schützen. Unser Plan ist zweiteilig. Erstens, wir werden den Europäischen Einlagenfond unterstützen, welcher Risiken auf die Eurozone verteilt. Zweitens, wir werden die Direktive zur Bankenrettung und -abwicklung erweitern auf operierende ‚Zombie‘ Banken. Wir schlagen vor, diese Banken unter die Zuständigkeit der EU zu stellen um sie zu restrukturieren und zu rekapitalisieren.“]*





[Deutsche  
Kommunistische  
Partei](#)



#### **Zusammenfassende Stichworte Monetative e.V.:**

*Vergesellschaftung von Banken / Schuldenschnitt statt Schuldenbremse*



Mit den Hartz-Gesetzen wurde das reiche Deutschland zum Niedriglohnland gemacht. Dadurch können EU und Euro genutzt werden, um schwächere EU-Staaten hemmungslos auszuplündern. Den hochverschuldeten Ländern wurde unter Einschränkung ihrer nationalen Souveränität – insbesondere auf deutschen Druck – ein rigider Spar- und Verarmungskurs aufgezwungen. [...] Gewinner sind die Kapitalisten, die Banken und Konzerne in den betroffenen Ländern, aber vor allem in den starken Ökonomien Deutschland und Frankreich.

Die DKP sagt: **Schuldenschnitt statt Schuldenbremse! Die Banken und Konzerne müssen zahlen!**

	<p>Die EU hat die Versorgung der Menschen mit lebenswichtigen Gütern dem Zwang zum Profitmachen unterworfen. Das Gesundheits- und Bildungswesen, das Wohnen, die Wasserversorgung, der Personennahverkehr – alles wird dem Profitprinzip untergeordnet. Das führt im Zusammenhang mit der Niedrigzinspolitik der Europäischen Zentralbank und der sogenannten Schuldenbremse zu einem steigenden Privatisierungsdruck vor allem auf die Kommunen. Öffentliches Eigentum wird massenhaft enteignet. Die Folgen sind steigende Kosten, sinkende Lebensqualität und Lohnabbau. Die DKP sagt: Stoppt Privatisierungen. <b>Für die Vergesellschaftung von Banken und Konzernen!</b></p>
 <p><b>PIRATEN</b> Freiheit. Würde. Teilhabe.</p> <p><a href="#">Die Piraten</a></p>	<p><b>Zusammenfassende Stichworte Monetative e.V.:</b> <i>Strukturfonds / Maßnahmen gegen Steuerhinterziehung</i></p> <p><b>Steuerhinterziehung</b>, die vor allem – aber nicht ausschließlich – von großen internationalen Konzernen betrieben wird, ist heute eines der drängendsten Probleme. Es gibt drei Hauptbereiche, auf die wir uns konzentrieren: den Zusammenbruch des Gesellschaftsvertrags, den Unterbietungswettlauf und die digitale Wirtschaft.</p> <p>Die <b>Strukturfonds</b> sind ein wichtiges Instrument zur Stärkung des Zusammenhalts Europas und ein Ausdruck der Solidarität in Europa, das immer noch durch die unterschiedlichen Leistungen der nationalen und regionalen Wirtschaften geteilt ist. [...] Die Fonds sollten transparent und effizient verwaltet werden, die EU-Kommission sollte eine wesentliche Kontrollfunktion bei der geteilten Verwaltung der Fonds behalten. Eine wichtigere Rolle des EU- Parlaments könnte in Zukunft in Betracht gezogen werden.</p>
 <p><b>DieVioletten</b> GANZHEITLICH NACHHALTIG</p> <p><a href="#">Die Violetten</a></p>	<p><b>Zusammenfassende Stichworte Monetative e.V.:</b> <i>Bedingungsloses Grundeinkommen / regionale Kreislaufwirtschaft mit kleinen und mittleren Unternehmen / gerechte Handelsabkommen</i></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• ein länderspezifisches bedingungsloses Grundeinkommen, angepasst in allen Mitgliedstaaten. Das BGE ist die unverzichtbare Grundlage eines freiheitlichen, sozialen und demokratischen Gemeinwesens, auch auf das „Projekt Europa“ bezogen.</li> <li>• eine <b>nachhaltige, regionale Kreislaufwirtschaft</b> unter Förderung von kleinen und mittelständischen Unternehmen und Stärkung von Genossenschafts-Betrieben, auch im Wohnungsbau.</li> <li>• gerechte, nachhaltige, sozial faire und respektvolle Handelsabkommen unter Wahrung der Autonomie und Interessen anderer.</li> </ul>

 <p><b>EPL LIEBE</b> europäische partei</p> <p><u>Europäische Partei</u> <u>LIEBE</u></p>	<p><b>Zusammenfassende Stichworte Monetative e.V.:</b> <i>Regulierung des Finanzsektors</i></p> <p>Wir treten für die <b>Regulierung des Finanzsektors</b>, die <b>Erhöhung der Sicherheiten für die Ersparnisse und das Geld der Bürger</b> ein; für die Verringerung wirtschaftlicher Ungleichgewichte und finanzieller Ungleichheit; für eine größere Transparenz und verbesserte Steuerung bei der Nutzung öffentlicher Mittel, Finanzen und Ressourcen durch das Volk.</p>
 <p><b>Familien-Partei</b> Deutschlands</p>	<p><b>Zusammenfassende Stichworte Monetative e.V.:</b> <i>Finanztransaktionssteuer / ökonomische Stärkung von Familien / keine Eurobonds / Erhalt des Bargelds</i></p> <p>Die <b>Finanztransaktionssteuer</b> muss innerhalb der europäischen Union eingeführt werden. Sie soll lediglich 0,25% für jeden Kauf und Verkauf eines Finanzproduktes an allen innereuropäischen Börsen (inkl. des Direkthandels innerhalb von Bankhäusern) betragen. Die Einnahmen sollen hälftig den Mitgliedsstaaten zukommen und hälftig in einen europäischen Sozialhaushalt einfließen, aus welchem u.a. das europäische Kindergeld bezahlt werden soll.</p> <p>Eine einheitliche <b>Kapitalertragssteuer</b> innerhalb der Europäischen Union sollte flächendeckend eingeführt werden um vorsorglich Steuerflucht zu vermeiden. Diese sollte 35% nicht überschreiten, aber 20% auch nicht unterschreiten. Die Einnahmen bleiben bei den zu erhebenden Mitgliedsstaaten. Zugleich müssen die <b>Freibeträge für Zinserträge</b> erhöht werden, um der Mittelschicht einen <b>einfacheren Vermögensaufbau</b> gewährleisten zu können. Der gegenwärtige Freibetrag ist von 801€ auf 2500€ zu erhöhen (5000€ bei verheirateten. Zudem ist pro Kind ein zusätzlicher Freibetrag von 1500€ zu gewähren, wobei die Freibetragshöchstgrenze insgesamt bei 10.000€ anzusiedeln ist).</p> <p>Die Familien-Partei ist <b>gegen die Einführung von Euro-Bonds</b>, welche nur den Zweck dienen sollen, finanziell angeschlagene Staaten bei der Staatsfinanzierung günstigere Konditionen am Finanzmarkt zu ermöglichen, da neben den zu haftenden emittierenden Staat (vermutlich durch eine europäische Institution) alle involvierten Staaten gemeinschaftlich haften müssen. [...] Euro-Bonds würden nach unserer Auffassung sinnvoll sein, wenn sie von einem europäischen Finanzminister verwaltet und die Gelder gezielt zum Aufbau der europäischen Wirtschaft verwendet werden, welche allen Mitgliedsstaaten nutzen. Große Infrastruktur Projekte wie Stromleitungen und Verkehrswege wären mögliche Anwendungsbeispiele. Aber zur Staatfinanzierung sind Euro-Bonds der falsche Weg!</p> <p>Die Familien-Partei Deutschlands bekennt sich offen <b>zum Erhalt des Bargelds</b>. Eine Bargeldbeschränkung oder Abschaffung ist nicht zielführend.</p>



 <p>Feministische Partei <b>DIE FRAUEN</b></p> <p><a href="#">Feministische Partei Die Frauen</a></p>	<p><b>Zusammenfassende Stichworte Monetative e.V.:</b> <i>Finanztransaktionssteuer / Zurückdrängung der Finanzmarkt-Ökonomie</i></p> <p>Die Finanzmarkt-Ökonomie muss konsequent zurückgedrängt werden. Wichtige Schritte sind Gesetze zur Regulierung des Kapitalverkehrs, z.B. durch die Einführung einer Steuer auf internationale Finanztransaktionen, die Unterbindung von Steuerflucht und die stärkere Besteuerung von Kapital.</p>
 <p><b>LKR</b></p> <p><a href="#">Liberale-Konservative Reformer</a></p>	<p><b>Zusammenfassende Stichworte Monetative e.V.:</b> <i>Keine Vergemeinschaftung von Schulden / Stopp der Niedrigzinspolitik / keine Eurobonds / Stimmengewichte in der EZB gemäß Ländergröße / keine multinationalen Bankenrettungsfonds / praktikables Bankeninsolvenzrecht / keine Einschränkung von Bargeld / keine Überschreitung des Mandats der EZB / Ausstieg aus dem Euro darf kein Tabu ein</i></p> <p>Wir wehren uns gegen alle Versuche, den produktiven Wettbewerb zwischen den Ländern durch überflüssige Harmonisierung und die Vergemeinschaftung von <b>Staats- und Bankenschulden</b> zu untergraben.</p> <p>Wir lehnen jede Form der Vergemeinschaftung von Schulden entschieden ab – egal ob in Form von Eurobonds oder über gemeinschaftlich finanzierte Institutionen wie EZB, ESM oder Bankenunion. Die EU und erst recht darin die EURO-Staaten haben nach den 5 EU-Verträgen kein Recht, eigene Schulden aufzulegen (Art. 310 (1) AEUV). Auch versteckte Verschuldung der EU, wie sie derzeit über säumig bezahlte Rechnungen, das Budget überschreitende Verpflichtungsermächtigungen und nicht abgesicherte Risiken von Target 2, Rettungsschirmen und Anleihekäufen weitgehend unsichtbar für die Öffentlichkeit stattfindet, ist nicht hinnehmbar. Es ist auch nicht Aufgabe der EU, offen oder versteckt Finanztransfers zwischen den Mitgliedsstaaten der EU zu bewirken. Die EU hat für diese Zwecke ein umfangreiches Instrumentarium entwickelt oder angekündigt, etwa den Europäischen Stabilisierungsmechanismus, den gemeinsamen Bankenabwicklungsfonds, die europaweite Einlagensicherung, die „automatische Investitionsstabilisierungsfunktion“ und die beabsichtigte europäische Arbeitslosenversicherung. Derartige Institutionen lösen den für eine Marktwirtschaft konstitutiven Zusammenhang zwischen Verantwortung und Haftung auf und werden deshalb von der LKR abgelehnt.</p> <p>Die Regeln des Maastrichter Vertrages werden permanent umgangen und gebrochen. Die <b>Niedrigzinspolitik der EZB</b> enteignet die Sparer, um überschuldete Staaten und Banken mit immer weiteren Krediten zu Vorzugskonditionen zu versorgen. So kann und darf eine Währungsunion nicht funktionieren. Leidtragende sind alle Menschen, die für ihr Alter oder für die Zukunft ihrer Kinder vorsorgen wollen.</p>



Die LKR fordert folgende Sofortmaßnahmen:

1. Keine Gewährung weiterer Kredite durch den ESM. Da der Bundestag Krediten aus dem **Rettenfonds ESM** zustimmen muss, kann Deutschland die Vergabe immer blockieren.
2. **Keine weitere Staatsfinanzierung durch die EZB**, auch nicht indirekt auf Sekundärmärkten und unter Nutzung des Bankensystems.
3. **Keine multinationalen Rettungsfonds** für Banken.
4. **Keine Eurobonds** oder anderweitige Instrumente zur Vergemeinschaftung von Staatsschulden.
5. Die Ausnahme, dass Banken keine Eigenkapitalunterlegung für Staatsanleihen benötigen, muss schrittweise aufgehoben werden.
6. **Stimmgewichte in der EZB** gemäß den Stammkapitalanteilen der einzelnen Länder. Vetorecht für die drei Länder mit den größten Kapitalanteilen.
7. Jährlicher **Ausgleich künftiger Targetsalden** wie im Federal Reserve System der USA. Für die bereits aufgelaufenen Salden ist ein Tilgungsplan zu erstellen.
8. Schaffung eines Insolvenzrechts für Staaten.
9. Schaffung eines geregelten Austrittsrechts aus dem Euroraum

**Sobald ein Austrittsrecht vertraglich vereinbart** wurde, soll jeder Staat selbst entscheiden können, ob er dem Euro weiter angehören will oder ob er die gemeinsame Währung verlassen möchte. Entscheidet sich ein Staat für den Verbleib im Euro, unterwirft er sich der Nichtbeistandsklausel aus Artikel 125 des AEU-Vertrages. Er darf weiter im Euro verbleiben, muss seine Staatsausgaben und seinen Schuldendienst aber völlig aus eigener Kraft finanzieren können. Die Übernahme oder Verbürgung fremder Staatsschulden durch den Bundeshaushalt lehnt die LKR strikt ab. Selbst ohne Austrittsrecht ist für das Ausscheiden aus der Währungsunion kein formeller Austritt aus der EU (Art. 50 Abs. 1 EU-Vertrag) nötig. Es genügt, wenn die EZB entsprechend den klaren europarechtlichen Regelungen einem Land und dessen Banken bei fehlender Bonität keine weiteren Kredite mehr gibt. Dies würde zwangsläufig zu einem Austritt des überforderten Staates aus dem Euro führen. Die Eurozone ist also auch gegenüber austrittsunwilligen Staaten, die weiter anderen Ländern weiterhin Hilfszahlungen abringen wollen, wehrhaft genug, um sich nicht ausnutzen zu lassen. Einer erfolgreichen Währungsunion können nur solche Länder angehören, die die Bedingungen für eine Mitgliedschaft erfüllen und die vorbehaltlos für diese Regeln und damit für eine solide Geldpolitik ohne Missbrauch für fiskalische Zwecke eintreten. So haben etwa Österreich und die Niederlande feste Wechselkurse zur D-Mark gehabt und eine ähnlich stabilitätsorientierte Geld- und Wirtschaftspolitik betrieben. Dieser inoffizielle Währungsverbund war sehr erfolgreich und hat dennoch den beteiligten Ländern die Möglichkeit gelassen, jederzeit autonom über ihre Währung entscheiden zu können. Der **fortgesetzte Regelverstoß in der Währungsunion** ist eklatant. Somit ist ihre Geschäftsgrundlage entfallen. Die **Währungsunion ist deshalb aufzulösen** oder auf eine kleinere Kernwährungsunion der



unzweifelhaft stabilitätsorientierten Mitgliedsländer zurückzuführen. Die Währungen der anderen Länder könnten über ein flexibles Paritätengitter wie im früheren Europäischen Wirtschaftssystem (EWS) mit einer Leitwährung oder mit der Kernwährungsunion verbunden sein. Sollte weder eine Auflösung der Währungsunion noch ihre Reduktion auf wenige stabilitätsorientierte Länder durchsetzbar sein, darf auch ein einseitiger Ausstieg Deutschlands aus dem Euro und eine Wiedereinführung der D-Mark kein Tabu sein.

Die EZB ist ein offizielles Organ der Europäischen Union und die zentrale unabhängige Institution des Eurosystems. Zu ihren Aufgaben gehören die Festlegung und Durchführung der Geldpolitik für das Euro-Währungsgebiet und die Bankenaufsicht. **Die EZB ist im Verlauf der Euro-Krise aber zu weit mehr als zu einer unabhängigen Notenbank geworden.** Mit Maßnahmen, die verharmlosend als „unkonventionelle Geldpolitik“ beschrieben werden, überschreitet sie das ihr in den Europäischen Verträgen übertragene Mandat. So verstößt die EZB zum Beispiel gegen das Verbot der monetären Staatsfinanzierung (Art. 123 AEUV), indem sie in großem Umfang Staatsanleihen ankauft. Auch führt sie spezifische wirtschaftspolitische Maßnahmen durch, die der Stützung von angeschlagenen Banken dienen (ABSProgramm) oder Banken begünstigen, die Kredite an die Realwirtschaft vergeben (TLTROProgramm). Die EZB darf jedoch lediglich die allgemeine Wirtschaftspolitik der EU unterstützen (Art. 127 AEUV), während zielgerichtete wirtschaftspolitische Einzelmaßnahmen eindeutig in die Kompetenz der Mitgliedsstaaten fallen. Es ist dringend erforderlich, dass Parlamente und Regierungen der Eurozone die Mandatsüberschreitungen der EZB unterbinden.

International tätige und **systemisch relevante Banken** sind nach europaweit einheitlichen Regeln und auf Basis internationaler Rechnungslegungsvorschriften zu überwachen und zu beaufsichtigen. Eine gemeinsame Aufsicht wie in der ersten Säule der Bankenunion vorgesehen ist daher sinnvoll. Allerdings muss die Aufsicht von der Europäischen Zentralbank abgetrennt werden, da es ansonsten leicht zu Interessenkonflikten zwischen Geldpolitik und Bankenaufsicht kommen kann. Die zweite und dritte Säule der europäischen Bankenunion lehnen wir ab, weil sie zu EUweiten Haftungsverbänden führen, die den für eine Marktwirtschaft konstitutiven Zusammenhang zwischen Verantwortung und Haftung auflösen. Wir begrüßen grundsätzlich die europäische Richtlinie zur Abwicklung und Restrukturierung von Banken (BRRD). Es ist aber inakzeptabel, dass in den seither aufgetretenen Bankenrettungen erneut ad-hoc-Lösungen praktiziert wurden. Die BRRD muss nicht nur europaweit in ein einheitliches und **praktikables Bankeninsolvenzrecht** überführt werden: Ihre Prinzipien müssen auch durchgesetzt werden. Denn es ist wichtig, dass Risiko und Haftung wieder zusammengeführt werden. Der Konkurs ist für die Marktwirtschaft ein konstituierendes Element, das auch für die Banken gelten muss. Das im Bankensystem vorzuhaltende, haftende Eigenkapital muss künftig deutlich höher ausfallen als es gegenwärtig vorgeschrieben ist. Nur eine ausreichend hohe Eigenkapitalquote kann gewährleisten, dass Banken bei künftigen Krisen nicht erneut mit öffentlichen Geldern gerettet werden müssen. Die Privilegierung von Staatsanleihen muss abgeschafft werden, die zur Folge hat, dass Staatsanleihen tatsachenwidrig als risikolos angesehen werden und Banken keine Eigenkapitalvorsorge für sie aufbauen müssen. Eine



Bewertung des Risikos aus Derivaten muss nach einheitlichen Kriterien für alle Banken erfolgen. Die LKR lehnt die individuellen Modelle der Banken ab, da diese Intransparenz befördern und Risiken verschleiern könnten. Eine Einschränkung oder gar **Abschaffung des Bargeldumlaufs** lehnen wir im Hinblick auf das Eigentumsrecht und bürgerliche Freiheitsrechte strikt ab. Zudem ist Bargeldhaltung die einzige Möglichkeit, wie der Bürger sein Geld vor einer Enteignung durch Negativzinsen schützen kann. Zur Bekämpfung von Finanzkriminalität und Geldwäsche ist es aber erforderlich, die investigativen und strafprozessualen Möglichkeiten der Strafverfolgung zu verbessern

Sollte weder eine Auflösung der Währungsunion noch ihre Reduktion auf wenige stabilitätsorientierte Länder durchsetzbar sein, darf auch ein einseitiger Ausstieg Deutschlands aus dem Euro und eine **Wiedereinführung der D-Mark kein Tabu** sein, [..].

Die **EZB überschreitet ihr Mandat**, weil sie durch Ankauf von Staatsanleihen Art. 123 EU-Vertrag aushebelt und durch Banken-Subventionierung konkrete Wirtschaftspolitik durchführt, [..].



Menschliche Welt

**Zusammenfassende Stichworte Monetative e.V.:**

*Kein Ungleichgewicht zwischen Finanz- und Realwirtschaft mehr / Finanztransaktionssteuer*

Die Finanzindustrie sollte der Realwirtschaft und den Bedürfnissen der Menschen dienen, nicht umgekehrt. Die Finanzspekulation dient jedoch hauptsächlich der Bereicherung finanzkräftiger Akteure. Damit **vergrößert die Finanzspekulation das Ungleichgewicht zwischen Finanz- und Realwirtschaft** weiter. Gleichzeitig führt sie zu einer Instabilität des Finanzsystems und bedroht damit die gesamte Wirtschaft. Wir setzen uns daher für die **Einführung einer Finanztransaktionssteuer** auf EU-Ebene ein. Damit könnten Spekulanten der Steuer nicht durch Ausweichen in ein anderes Land entgehen. Diese Steuer würde kurzfristige Spekulationen bestrafen und langfristige Investitionen begünstigen. Eine Schätzung des Wiener WIFO-Instituts gibt an, dass bereits eine Steuer von 0,05% zu Einnahmen von 230 Mrd. Euro in Europa führen würde. Dieses Geld käme von den reichsten Mitgliedern der Gesellschaft und würde für das Allgemeinwohl verfügbar gemacht. Also, Transaktionssteuer ist ein wirksames Mittel für mehr Verteilungsgerechtigkeit.




NPD

**Zusammenfassende Stichworte Monetative e.V.:**

*Kein Primat des Finanzkapitals vor der Realwirtschaft / keine Bankenunion / mehr Eigenkapital für Banken*

[...] die Wirtschaft hat dem Volk zu dienen, nicht umgekehrt. Das von den Anhängern der Freihandels-Ideologie behauptete **Primat des Finanzkapitals vor der Realwirtschaft lehnen wir ab.**

	<p>Wir fordern:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• <b>die Rückabwicklung der europäischen Währungsunion</b>, des Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM) und seiner Institutionen;</li> <li>• <b>den Ausstieg Deutschlands aus dem Target-II-System</b>, das sich im Rahmen der Euro-Krise zu einer dauerhaften Finanzierungsquelle anderer europäischer Notenbanken durch Mittel der Deutschen Bundesbank entwickelt hat;</li> <li>• eine <b>höhere Eigenkapitalquote bei Banken</b> und Unternehmen;</li> <li>• <b>keine Bankenunion</b>: wir fordern konkrete Maßnahmen zur Entflechtung der europäischen Bankenlandschaft und treten ein für das Glass-Steagall-Trennbankensystem als Schutz vor einem Domino-Effekt bei künftigen Bankrotten;</li> <li>• <b>kein „Bail in“ auf europäischer wie auf nationaler Ebene</b> – also die Möglichkeit, den Steuerzahler mit einer automatischen Abgabe auf sein Bankenvermögen zu belasten;</li> </ul>
 <p><a href="#">ÖDP</a></p>	<p><b>Zusammenfassende Stichworte Monetative e.V.:</b>  <i>Pro Euro / Erhalt des Bargelds / keine Bankenrettung auf Staatskosten / keine Ankauf von Staatsanleihen durch EZB / schärfere Bankenregulierung</i></p> <p>Die herrschende neoliberale Wirtschaftsideologie räumt stattdessen dem Kapital und seiner Vermehrung Vorrang vor den ökologischen, sozialen und wirtschaftlichen Dimensionen ein. Sie nimmt den Raubbau an den natürlichen Ressourcen und die Zerstörung des gesellschaftlichen Zusammenhalts in Kauf. Und sie entkoppelt die wirtschaftlichen Aktivitäten von ihrem eigentlichen Zweck: dem Leben und dem Gemeinwohl zu dienen.</p> <p>Diese Wirtschaftsideologie bestimmt auch das Finanzgebaren der EU-Mitgliedsstaaten und die Finanzordnung im Euro-Raum. In der bis heute <b>nicht völlig überwundenen Banken- und Staatsschuldenkrise</b> von 2007 zeigen sich die Anfälligkeit dieses kapitalistischen Systems, die Fehlsteuerungen durch abgekoppelte Finanzmärkte und die problematische Konstruktion der Euro-Währungsunion.</p> <p>So führten <b>die Bankenrettung</b> und die schockartigen Auflagen der Troika dazu, dass zahllosen Menschen in Europa Lebensunterhalt, Gesundheitsversorgung und Obdach genommen wurde. Viele der Maßnahmen bezwecken zudem die Privatisierung von Daseinsvorsorge, Infrastruktur und Öffentlichem Dienst. Sie führen zu immer weiterer Vermögenszusammenballung und undemokratischer Machtübertragung auf die EU.</p>



Die ÖDP fordert daher auf EU-Ebene:

- **Der Euro** als gemeinsame Währung soll erhalten bleiben
- **Bargeld** muss erhalten bleiben.
- **Geschäfts- und Investmentbanken** sind zu trennen.
- **Leerverkäufe** sind zu verbieten.
- **Verbot von Spekulationsgeschäften für Geschäftsbanken.**
- **Bankenrettung auf Staatskosten darf es nicht mehr geben.**

Das **EZB-Programm zum Ankauf von Staatsanleihen** ist zu beenden.



[Partei Mensch  
Umwelt Tierschutz  
\(Die  
Tierschutzpartei\)](#)

#### Zusammenfassende Stichworte Monetative e.V.:

*Trennbankensystem / Bankenregulierung / Vollendung der Bankenunion / persönliche Haftung von Bankern / Finanztransaktionssteuer / Stärkung von Sparkassen und regional tätigen Banken / globale Finanzaufsicht*

Dafür setzen wir uns ein:

- Das **Global Financial Safety Net** (GFSN unter besonderer Kooperation zwischen Europäischem Stabilitätsmechanismus und seinen Pendanten AMRO und FLAR) muss weiter gestärkt werden.
- Die **Bankenunion** zur Verhinderung künftiger Finanzkrisen ist ein wichtiger Baustein europäischer Zusammenarbeit und soll vollendet werden.
- Ein **Verbot von multiplen Verbriefungen**, die das Ziel haben, Risiken zu verschleiern und zu streuen, ist notwendig, um schwere globale Wirtschaftseinbrüche wie die Subprime-Krise nicht zu wiederholen.
- Eine **Trennung von riskanten Geschäftszweigen und dem Kredit-/Einlagengeschäft ist sinnvoll** für die Stabilität der Wirtschaft und daher einzuführen. Ebenso sind Schuldenbremsen für Banken, um ausufernde Spekulationsgeschäfte zu unterbinden, eine Möglichkeit, um Stabilität und Vertrauen in die Finanzbranche wieder zu erreichen.
- Die **persönliche Haftung von Bankern** und ein Verbot der Koppelung von Boni an den Umsatz (stattdessen an langfristigen Zielen, die auch ethischen Standards entsprechen) sind einzuführen.



• Investitionen in die reale Wirtschaft, vorzugsweise dort, wo sie soziale Ungleichheiten verringern, Nachhaltigkeit und Ökologie fördern sowie Bildung ermöglichen, haben Vorrang.

• Eine deutliche **Erhöhung der risikogewichteten Eigenkapitalforderungen** bei den Banken sind notwendig für ein stabiles und nachhaltiges Finanzsystem.

• Die **Kartellgesetze gegen Finanzkonzerne** und Monopole müssen ausgebaut werden.

• Es müssen globale Kontrollen von Geldwäsche und Steuerhinterziehung wirksam eingeführt werden. **Schattenbanken**, die ein gigantisches Ausmaß angenommen haben, gehören strengen Regulierungen unterworfen.

• Eine **Finanzmarkttransaktionsteuer**, die ökonomisch vertretbar ist und deren Einnahmen für soziale, bildungs- und entwicklungspolitische, ökologische und ethische Ziele sowie eine Stabilisierung und nachhaltige Steuerung der Wirtschaft verwendet wird, befürworten wir und pochen auf eine zügige Einführung.

• **Sparkassen und andere regionale Finanzdienstleister**, insbesondere wenn sie sich ethische Verpflichtungen auferlegen, sind gegenüber den großen Banken und Versicherern zu stärken.

• Kommunen, öffentliche Einrichtungen, Länder und Regionen sollen bei **Divestmentzielen** (Abstoßen von Aktien, Anteilen, Anleihen die mit fossilen Energieträgern zu tun haben) unterstützt werden.

• Wir brauchen eine **globale Finanzaufsicht**, die auch Strafverfahren in Gang setzen kann gegen Institutionen und Personen, die sich nicht an Gesetze und Übereinkommen halten.



[Sozialistische  
Gleichheitspartei](#)

#### **Zusammenfassende Stichworte Monetative e.V.:**

*Enteignung von großen Banken*

Wir kämpfen dafür, die **großen Banken und Konzerne zu enteignen** und unter die demokratische Kontrolle der Bevölkerung zu stellen. Statt Profitinteressen müssen die Bedürfnisse der Menschen im Mittelpunkt stehen. Nur so können die sozialen Rechte aller gesichert werden.



[Volt Deutschland](#)

**Zusammenfassende Stichworte Monetative e.V.:**

*Budget für Eurozone / Bankenunion / Erweiterung des Mandats der EZB für Vollbeschäftigung und Krisenbekämpfung*

Unsere Wirtschaft stärken und nachhaltig aufstellen: durch ein Eurozone+-Budget, eine **Bankenunion** sowie eine voll integrierte **Wirtschafts- und Währungsunion** unter Leitung eines europäischen Finanzministers, der die EU vertritt.

**Stärkung der Europäischen Zentralbank**, um Beschäftigung und Wachstum zu fördern sowie Finanzkrisen zu verhindern und zu lösen. Das Mandat der Europäischen Zentralbank muss über die Inflationsbekämpfung hinaus erweitert werden, zugunsten von Beschäftigung, nachhaltigem Wachstum, Krisenprävention und Krisenentschärfung.

Es muss ein echter **Startschuss für die Kreislaufwirtschaft** erfolgen. Dafür müssen nachhaltige und erneuerbare Güter und Dienstleistungen gefördert werden. Der Weg dahin: harmonisierte Steueranreize, Beschleunigung regulatorischer Verfahren und Bereitstellung von Finanzmitteln, um Organisationen, Güter und Dienstleistungen im Sinne von Nachhaltigkeit und Digitalisierung neu zu denken.

Nachhaltiger Konsum und nachhaltige Staatsausgaben, durch die Einführung eines Gütesiegels für Kreislaufwirtschaft, durch die Festlegung eines Nachhaltigkeitsstandards im öffentlichen Vergabewesen, sowie durch die Förderung der gemeinsamen Nutzung von Ressourcen und der Langlebigkeit von Produkten.